BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Helge Limburg

Newsletter

März 2023

THEMEN

Grußwort | Wahlrechtsreform | Sterbehilfe | Politische Patenschaften | Berlinfahrt Februar 2023 | Termine im Wahlkreis | Kontakt |

Liebe Interessierte!

In dem folgenden Newsletter - der erste des Jahres 2023 - werdet ihr viele meiner Projekte und Themen, die mich aktuell umtreiben, wiederfinden.

Über den aktuellsten Erfolg der Fortschrittskoalition - der Wahlrechtsreform - lest ihr als erstes. Dies ist ein bewegender Meilenstein: nach über zehn Jahren Verhandlungen konnte eine Einigung auf einen Gesetzesentwurf erfolgen, der im Plenum am 17. März verabschiedet wurde. Hierzu lest ihr genaueres auf Seite 2.
Zur Sterbehilfe liegen mehrere Gesetzesentwürfe vor. Vor zwei Wochen habe ich diesbezüglich eine Online-Veranstaltung mit Kirsten Kappert- Gonther gehalten. Mehr zu dem Gesetzesentwurf von Bündnis 90/Die Grünen auf Seite 3 & 4.
Auf Seite 5 & 6 stelle ich meine politischen Patenschaften vor. Ich setze mich für politisch inaftierte Menschen in Belarus und Iran ein.

Ein Bericht und Impressionen zur Berlinfahrt von Interessierten im Februar folgt darauf. Abschließend findet ihr einen Rück- und Ausblick auf Termine in meinen Wahlkreisen.

Viel Spaß beim Lesen!

Helge Limburg

Die Rückkehr zur Regelgröße

Die Abgeordnetenanzahl des Deutschen Bundestags, von eigentlich vorgesehenen 598, hat sich in den letzten Jahren aufgrund von Veränderungen im Wahlrecht und und des Anwachsens der Zahl der Fraktionen drastisch vergrößert.

Mittlerweile besteht der Bundestag aus 736 Mitgliedern – das entspricht 123% der Sollgröße. Ohne die dringend notwendige Wahlrechtsreform besteht die Möglichkeit, dass das Parlament auf bis zu 900 Abgeordnete anwächst. In den letzten Jahren gab es bereits viele Versuche, diese Entwicklung abzuschwächen.

Die letzte Reform, von CDU/CSU und SPD gegen die gesamte Opposition in der letzten Wahlperiode durchgesetzt, reduzierte das Anwachsen des Bundestags zwar, änderte aber nichts am Ursprungsproblem. Die Änderung bevorzugte außerdem einseitig die Union bei der Mandatsverteilung. Auswirkungen dieses Problems sind vor allem sehr teure und politisch ineffektive Entwicklungen, die weder dem Wählerwillen entsprechen, noch politische Prozesse und Entscheidungsfindungen vereinfachen würden.

Nun soll die Wahlrechtsreform in Kraft treten. Über diese wurde am 17. März im Plenum abgestimmt.

Ziele dieser Reform sind Folgende:

- Radikale Verkleinerung des Bundestags: von 736 Mandatsträger*innen auf 630 Mandatsträger*innen
- Kein Anwachsen des Bundestages mehr, es bleibt bei 630 Mandaten
- Klare Abbildung des Zweitstimmenergebnisses durch Abschaffung von Überhangmandaten

➔ Jede Fraktion ist gleichermaßen von der Reform betroffen

Somit hat die Grüne Bundestagsfraktion ihre Hauptziele im Vorhaben zur Wahlrechtsreform in den Verhandlungen mit unseren Koalitionspartner*innen verwirklichen können. Die Abschaffung der Grundmandatsklausel wäre aus unserer Sicht nicht zwingend gewesen, obwohl sie letztlich für eine Verzerrung des Ergebnisses sorgt. Wir sind weiterhin offen für Gespräche mit der Opposition, um ungewollte Härten des neuen Wahlrechts möglicherweise im Konsens abzumildern. Wichtig ist aber, dass die jahrelange Blockade der CSU gegen jegliche Verkleinerung endlich durchbrochen werden konnte!

Sterbehilfe - Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen

Sterbehilfe in Deutschland rechtssicher ermöglichen – ein wichtiges Thema. Und ein Thema, dass auch mich in den kommenden Monaten beschäftigen wird.

Denn die Chance und das Recht des Einzelnen auf selbstbestimmtes Sterben ist ein allgemeines Persönlichkeitsrecht und ein Ausdruck persönlicher Autonomie. Und der damalige §217 StGB – das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe und der Beihilfe zum Suizid – wurde bereits vor drei Jahren vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt. Zurecht.

Daraus folgt auch, dass es dafür bestimmte Schutzregeln und Schutzmechanismen erarbeitet werden müssen, um Ärzt*innen und Beratende in dem Prozess der begleitenden Sterbehilfe bestimmte Rahmenbedingungen und die notwendigen Transparenzvorschriften an die Hand zu geben. Und daraus folgt, dass es eine rechtseinheitliche Regelung im ganzen Bundesgebiet bedarf.

Das ethische Dach für uns ist der „Grundwert jedes Menschenlebens“, wie es in dem gemeinsamen Gesetzesentwurf von Renate Künast, Katja Keul und anderen heißt, den auch ich unterzeichnet habe.

Dieser Gesetzesentwurf beinhaltet folgende Regeln:

Die Voraussetzungen für den Zugang zu Betäubungsmitteln für Sterbewillige in medizinischer Notlage müssen geschaffen werden.

➔ Regeln, wie das schriftlich darzulegen ist:

- Aufklärungs- und Dokumentationspflichten
- Bestätigung einer unabhängigen Ärzt*in, dass freie Wille vorliegt und dass aufgeklärt wurde
- Beratung über eine mögliche Schmerztherapie im Sinne der indirekten Sterbehilfe
- sicherer Zugang zu bestimmten Betäubungsmitteln inklusive verpflichtender Beratung

Eine weitere Regel unseres Gesetzesentwurfs beinhaltet folgendes: In anderen Fällen muss der Zugang zu Medikamenten durch Landesbehörden, gegenüber der man seinen Sterbewunsch sowie dessen Dauer glaubhaft darlegen kann, geregelt werden.

Die Förderung einer flächendeckenden guten Versorgung mit Palliativ- und Hospizmedizin darf dabei nicht ausbleiben, denn dies wurde viel zu lange vernachlässigt.

Zu diesem Thema hielt ich gemeinsam mit meiner Kollegin Kirsten Kappert-Gonther am 16. März eine Onlineveranstaltung mit anschließender kurzer Diskussion ab. Aus dieser Veranstaltung ist mir ersichtlich geworden, dass das Thema auch in meinen Wahlkreisen viele Menschen bewegt. Ich werde euch über die Diskussion auf dem Laufenden halten und bedanke mich für die zahlreichen Rückmeldungen und Anregungen.

Mohammed Mehdi Karami

Wie viele von euch bereits wissen, habe ich die politische Patenschaft für Mohammad Mehdi Karami, einem iranischen Karate-Champion, übernommen.

Mehdi wurde vergangenen November festgenommen. Aufgrund seiner Teilnahme an einer Demonstration gegen das Mullah-Regime und für Frauenrechte wurde ihm vorgeworfen, Mitschuld an dem Tod eines Mitglieds der Revolutionsgarde zu sein. Tatbestand: Krieg gegen Gott und Korruption auf Erden. Beweise? Keine.

Trotz der unklaren Tatbestände und der öffentlichen Aufmerksamkeit auf diesen Fall wurde Mehdi zum Tode verurteilt und am 07. Januar dieses Jahres hingerichtet. Dies erfüllt mich mit tiefer Trauer, Wut und dem Wunsch, Mehdis Mörder zur Verantwortung zu ziehen! Mein Team und ich haben den verantwortlichen Staatsanwalt, Richter und die Gefängnisleitungen ausfindig gemacht und haben uns erfolgreich mit dafür eingesetzt diese mithilfe des Auswärtigen Amts auf die europäische Sanktionsliste zu setzen.

Ich werde nicht aufgeben, weitere Verantwortliche ausfindig zu machen! Denn die Verantwortung, die genauen Umstände seiner Hinrichtung aufzuklären, geht über Mehdis Tod hinaus.

Andrei Pogerilo

Wie viele von euch nicht wissen, habe ich seit September auch einen politischen Paten in Belarus - Andrej Pogerilo, Vater von zwei kleinen Kindern.

Wegen Mitwirken in der Gewerkschaft "Rabocha Rukh" wurde er nach langer Zeit in Untersuchungshaft unrechtmäßig zu 14 Jahren Haft verurteilt.

Seit September 2021 sitzt er im Gefängnis. Damals verfolgte die belarussische Regierung mehrere Beschäftigte belarussischer Fabriken, die Mitglied der Rabocha Rukh - Gewerkschaft waren. Mitglieder unterstützen Streiks verschiedener Fabrik-Arbeiter*innen. Unter den Mitgliedern der Gewerkschaft ist auch Andrej. Im Zuge dessen wurde ihm Hochverrat, Mitgliedschaft in einer extremistischen Vereinigung und Verleumdung vorgeworfen. Sein Urteil ist ganz klar politisch motiviert!

Als Pate werde ich mich weiterhin für Andrej einsetzen und um seine Freilassung bemühen! Diese Ungerechtigkeit darf nicht weitergeführt und ignoriert werden.

Weitere Informationen zum belarussischen Patenschaftsprogramm sind unter <https://www.libereco.org/> und unter <https://www.salidarnast.info/> zu finden.

Quellen:

Berlinfahrten

Vom 13. Februar bis 15. Februar dieses Jahres konnten Teilnehmende aus meinem Wahlkreis wieder an einer Bundespresseamtsfahrt nach Berlin teilnehmen.

Bei diesen Fahrten haben politisch interessierte Bürger*innen die Möglichkeit, die Bundeshauptstadt weitestgehend kostenfrei über ein abwechslungsreiches Programm kennenzulernen. Dabei steht vor allem die politische Bildung im Vordergrund.

In den drei Tagen der Veranstaltung fanden zahlreiche Besuche verschiedener Institutionen, Museen und Gedenkstätten statt:
Teilnehmende besuchten beispielsweise die Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ im Deutschen Dom.
Desweiteren stand ein Besuch des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ an.

Nicht zuletzt wurde auch der Deutsche Bundestag selbst aufgesucht. Neben einer Führung des Reichstagsgebäudes und einem Besuch der gläsernen Kuppel reihte sich auch eine offene, vielfältige und spannende Diskussion der Besuchergruppe mit mir in das Programm ein.

Eine gehaltvolle Fahrt, mit diversen Eindrücken und vor allem viel Denkmaterial für zu Hause. Impressionen dieser Fahrt findet ihr auf der nächsten Seite.

Für weitere Informationen zu den Berlinfahrten kann gerne mit meinen Mitarbeitenden unter helge.limburg.wk02@bundestag.de Kontakt aufgenommen werden.

Quellen: Bundesregierung/StadtLandMensch; Hagen Langosch

Rückblick - Termine im Wahlkreis

Mahnwache in Uslar

Am 24. Februar jährte sich der Krieg in der Ukraine zum ersten Mal. Gemeinsam mit vielen Menschen in Uslar nahm ich an einer Mahnwache teil, um ein Zeichen der Solidarität an die mutigen Ukrainer*innen zu senden, die sich täglich für ihr Land einsetzen und zum Teil auch ihr Leben riskieren.

Informationsbesuch im Polizeipräsidium Holzminden

"Polizeischutz für die Demokratie". Anfang März traf ich Polizeichef Oliver Busche im Polizeikommissariat Holzminden. Im Zentrum des Gespräches standen vielfältige Bedrohungen für die Demokratie sowie Anfeindungen gegen haupt- und ehrenamtlich tätige Politiker*innen. Busche erklärte mit, dass sämtliche in der Politik Tätigen sich niedrigschwellig an die Polizei wenden können, wenn sie bedroht oder beleidigt würden.

"Der Polizeischutz für die Demokratie gilt natürlich nicht nur für hauptberufliche Politiker, sondern auch für alle ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker", so Busche. Busche versicherte mir auch, dass die Staatsschutzabteilung der örtlichen Polizei für die im Landkreis ansässigen Personen, die durch demokratiefeindliches Handeln auffällig geworden seien, ein waches Auge habe.

Spontaner Besuch im FiZ Hameln

Hier ist der Name Programm: "Familie im Zentrum". Bernd Himler, der das Projekt von Anfang an begleitet, erklärte mir, dass der Name des Projekts nicht nur durch die zentrale Lage in der Hamelner Innenstadt im Eugen-Reintjes-Haus wörtlich umgesetzt wird. Hier gibt es unter einem Dach niedrigschwellige Beratungsangebote für jung bis alt.

Nicht nur Menschen in Hameln profitierten in den vergangenen Jahren davon. Das von der Eugen-Reintjes-Stiftung finanzierte Projekt liefert Erfahrungswerte für ähnliche Hilfsangebote in ganz Deutschland.
Dennoch gibt es auch im FiZ das Problem der Überbürokratisierung, betonte Anna-Katharina Glatz. Die Menschen wissen nicht, welche Leistungen ihnen überhaupt zustünden, so die neue Leiterin. Dementsprechend ist eine fachkundige Beratung und die Arbeit der Mitarbeitenden in diesem Projekt von großem Wert.

Ausblick - Termine im Wahlkreis

Mädchenzukunftstag im Wahlkreisbüro Holzminden

„Mach was dir gefällt“ – und komm zum Mädchenzukunftstag am **27. April** in mein Wahlkreisbüro in Holzminden, Obere Straße 25.

Schülerinnen ab der 5.Klasse haben an diesem Tag die Möglichkeit, einen Einblick in den Parlamentsbetrieb des Deutschen Bundestages und den Alltag eines Abgeordneten und seiner Mitarbeiter*innen zu bekommen.

Das Angebot richtet sich speziell an Mädchen. Der Bundestag in seiner personellen Zusammensetzung soll die gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegeln, im besten Fall die komplette Gesellschaft repräsentieren. Davon sind wir jedoch noch weit entfernt, denn der Frauenanteil im Bundestag liegt lediglich bei 34,9 Prozent. Das darf nicht so bleiben! Wir wollen die Hälfte der Macht für Frauen und deswegen wollen wir auch am Zukunftstag gezielt Mädchen darin bestärken, sich politisch einzumischen! Und damit muss schon früh begonnen werden, um Geschlechterstereotype bei der Berufswahl zu überwinden. Für den Zukunftstag am 27. April können sich interessierte Mädchen direkt im Wahlkreisbüro unter helge.limburg.wk@bundestag.de anmelden.

Da die Teilnehmerinnenzahl beschränkt ist auf 8 Plätze, wird um schnelle Anmeldung gebeten. Der Anmeldeschluss ist der 15.04.2023.

Wir freuen uns schon heute auf einen spannenden Tag mit den Teilnehmer*innen.

Abendveranstaltung ´Demokratie stärken und verteidigen´

Wo: STADT:RAUM, Rathausstr. 1, 31812 Bad Pyrmont
Wann: Mittwoch, **12.04.23 19.00** Uhr.

Besuch des Strafgerichtshofs in Bückeburg

Gemeinsam mit der LAG Demokratie und Recht
Wo: Niedersächsisches Verfassungsgericht
Wann: **13.04.2023**, von **14 bis 16 Uhr**
Anmeldungen über die Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht Bündnis 90/Die Grünen.

Bürger*innen-Sprechstunde

Wo: Wahlkreisbüro Holzminden, Obere Straße 25
Wann: Freitag, **14.04.2023**, später Nachmittag, Genaueres entnehmt ihr meiner Webseite <helge-limburg.de/Termine>.

Helge Limburg

Newsletter

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Bundestagsbüro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227-75581

Bei Fragen und Anmerkungen zu meiner Arbeit wendet euch gern direkt an mich oder an mein Team unter:
helge.limburg@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Wahlkreisbüro Hameln: helge.limburg.wk02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Holzminden: helge.limburg.wk@bundestag.de

Social-Media

Twitter

Facebook

Instagram

www.helge-limburg.de

www.gruene-bundestag.de